Regionalverband
Südlicher Oberrhein
Planen. Beraten. Entwickeln.

Freiburg i. Br., 22.07.2009

Unser Zeichen: 53221.0.2.2

Körperschaft des
öffentlichen Rechts

Reichsgrafenstraße 19
79102 Freiburg i. Br.

Tischvorlage
Planungsausschuss am 23.07.2009

TOP 2 (öffentlich)
Aus- und Neubau der Rheintalbahn

– *beschließend*–

1 Beschlussvorschlag der Geschäftsstelle

1.1 Die Region Südlicher Oberrhein fordert, alle laufenden Rechtsverfahren von Offenburg bis Weil am Rhein im Zuge des Aus- und Neubaus der Rheintalbahn so lange zu unterbrechen (Moratorium) bis die am 10. Juli 2009 von Bundesverkehrsminister Wolfgang Tiefensee und Ministerpräsident Günther Oettinger zugesagte Prüfung unterschiedlicher Trassenvarianten erfolgt ist.

1.2 Die Region Südlicher Oberrhein fordert eine rasche Festlegung des konkreten Auftrags des vereinbarten Projektbeirats.

1.3 Die Region Südlicher Oberrhein ist zur konstruktiven Mitwirkung im Projektbeirat bereit.

2. Anlass und Begründung

a) zu Ziff. 1.1 bis 1.3

Am 10. Juli 2009 haben sich Bundesverkehrsminister Tiefensee, Ministerpräsident Günther H. Oettinger, der parlamentarische Staatssekretär Achim Grossmann sowie Baden-Württembergs Verkehrsminister Heribert Rech in Berlin zu einem Gespräch über die Rheintalbahn getroffen.

Nach Angaben des Staatsministeriums (Pressemitteilung vom 10.07.2009) sind sich die Gesprächsteilnehmer darin einig, dass bei der weiteren Prüfung unterschiedlicher Trassenvarianten nicht nur Technik und Finanzen in die Wertung einbezogen werden, sondern auch Umwelt und Lebensqualität Beachtung finden müssten. (Anlage)

Auf Vorschlag von Bundesverkehrsminister Tiefensee soll innerhalb der nächsten 8 Wochen ein Projektbeirat gebildet werden, in dem die betroffenen Kommunen und „Kommunalverbände“ repräsentativ vertreten sind. Nach Angaben des Staatsministeriums schließt die Landesregierung eine rechtlich abgesicherte und begrenzte Förderung zur Ermöglichung sinnvoller, aber rechtlich nicht zwingender Maßnahmen nicht aus.

Tiefensee und Oettinger betonten zwar, dass sie die Anliegen der Bürger „sehr ernst nehmen und in den Verfahren sorgfältig abwägen werden.“ Mit dieser Formulierung bleibt jedoch offen, ob die zugesagte Prüfung der Trassenvarianten innerhalb der bereits anhängigen Rechtsverfahren – ggf. unter Beiziehung eines „Projektbeirats“ - stattfinden soll.

Die zugesagte Prüfung der Trassenvarianten kann den betroffenen Bürgern nur dann glaubwürdig und überzeugend vermittelt werden, wenn Bund und Land die anhängigen Rechtsverfahren zumindest so lange aussetzen, bis die zugesagte Variantenprüfung einen rechtlich abgesicherten Status erreicht hat.

Der Beschlussvorschlag knüpft inhaltlich an den Beschluss der Verbandsversammlung vom 09.10.2008 und seiner Begründung an: (DS VVS 07/08)

> „Sollte die Bundesregierung dem politischen Votum der Region folgen, müsste sie danach der DB AG den Planungsauftrag erteilen, die insoweit notwendigen Planfeststellungsunterlagen zu erarbeiten. Mit der vorgeschlagenen politischen Grundsatzentscheidung würde keinesfalls eine Zustimmung der Region zu einer noch zu erarbeitenden planfeststellungsfreien Bahntrasse verbunden sein. Derartige Voten bleiben der Beratung der sich später anschließenden Offenlagen im Rahmen künftiger Planfeststellungsverfahren vorbehalten.“
> (Seite 9 der damaligen Sitzungsvorlage)

b) Gespräch mit Minister Rech am 01.07.2009

Bereits am 1. Juli 2009 haben der Verbandsvorsitzende, der Verbandsdirektor sowie die Herren Vorsitzenden aller im Regionalverband vertretenen Fraktionen ein Gespräch mit Herrn Innenminister Heribert Rech, MdL, zum Thema Aus- und Neubau der Rheintalbahn geführt. Dabei hatte der Verbandsvorsitzende nochmals auf die Beschlusslage unserer Gremien sowie auf die „Kappel-Grafenhausener-Erklärung“ hingewiesen. Minister Rech betonte daraufhin, dass die sechs Forderungen der Region

- Offenburg: Tunnel, statt oberirdisch durch die Stadt
- südlich Offenburg: Lahr – Kenzingen: Autobahntrasse
- Umfahrung Freiburg: tiefere Lage
- Bad Krozingen – Müllheim: Tieflage
- Katzenbergtunnel: Optimierung der Verknüpfung der Rheintalbahn mit der Neubaustrecke nördlich und südlich der Tunnelportale
- Tieferlegung im Bereich Weil a. Rh.

von der Landesregierung mitgetragen und gegenüber dem Bund eingefordert werden. Herr Minister Rech bestätigte, dass Gespräche sowohl mit Bundesverkehrsminister Tiefensee als auch mit dem neuen Bahnvorstand Grube in den nächsten Tagen stattfinden würden. Alle Gesprächsteilnehmer waren sich darin einig, dass die Glaubwürdigkeit der Bundes- und Landespolitik auf dem Spiel steht, wenn nicht in den nächsten Wochen die Weichen für eine verlässliche Berücksichtigung der regionalen Forderungen seitens Bund und Land gestellt würden.

Die Gesprächsteilnehmer hatten sich im Hinblick auf die mit dem Bund anstehenden Gespräche einvernehmlich darauf verständigt, dass der Verbandsvorsitzende im Rahmen der öffentlichen Sitzung des Planungsausschusses am 23.07.2009 über das Gespräch vom 01.07.2009 berichten wird.

Anlage

Staatsministerium Baden-Württemberg

Staatsministerium Baden-Württemberg
http://www.stm.baden-wuerttemberg.de

Tiefensee und Oettinger zu Gespräch über Rheintalbahn zusammengetroffen

10.07.2009 Heute haben sich Bundesverkehrsminister Wolfgang Tiefensee, Baden-Württembergs Ministerpräsident Günther H. Oettinger, der Parlamentarische Staatssekretär Achim Grossmann sowie Baden-Württembergs Verkehrsminister Heribert Rech in Berlin zu einem Gespräch über die Rheintalbahn getroffen. Die Teilnehmer bezeichneten das Gespräch als „sehr offen und konstruktiv". Bund und Land sind sich darin einig, dass für die Trassenführung der Rheintalbahn unterschiedliche Varianten geprüft würden. Dabei dürften nicht nur Technik und Finanzen in die Wertung einbezogen werden, sondern es müssten auch Umwelt und Lebensqualität Beachtung finden. Tiefensee und Oettinger betonten, dass sie die Anliegen der Bürger „sehr ernst nehmen und in dem Verfahren sorgfältig abwägen werden".

Auf Vorschlag von Bundesverkehrsminister Tiefensee soll innerhalb der nächsten acht Wochen ein Projektbeirat gebildet werden, in dem die betroffenen Kommunen und Kommunalverbände repräsentativ vertreten sind. Die Landesregierung schließt eine rechtlich abgesicherte und begrenzte Förderung zur Ermöglichung sinnvoller, aber rechtlich nicht zwingender Maßnahmen nicht aus.

Quelle: Staatsministerium